

INTERVIEW



Joe Higgins bei einer Demonstration vor der pakistanischen Botschaft in Dublin.

Showdown in Irland

Am kommenden Donnerstag wird in Irland als einzigem EU-Staat per Referendum über den EU-Reformvertrag abgestimmt. Alle anderen Mitgliedsländer überließen die Entscheidung diesmal den Parlamenten. Laut Umfragen ist eine Mehrheit

DAGEGEN

„Die Vertragsbefürworter schüren Ängste“

Interview: Thorsten Fuchshuber

woxx: Zu den wichtigsten Kritikpunkten der europäischen Linken am Verfassungsvertrag zählt die zunehmende Militarisierung der EU. Welche Aspekte stehen in der Debatte in Irland darüber hinaus im Zentrum der Kritik?

Joe Higgins: Der Vertrag von Lissabon leistet der neoliberalen Agenda in der EU weiteren Vorschub. Die ökonomische Entwicklung wird von den großen Konzernen diktiert. Die vierzig größten multinationalen Konzerne etwa, die in einer Lobby mit dem Namen „The European Round Table of Industrialists“ vereinigt sind, bestimmen maßgeblich die Agenda der EU-Kommission. „Lissabon“ bedeutet eine weitere Intensivierung der Privatisierung der öffentlichen Dienste, ins-

besondere durch den Artikel 180. Zurzeit hat jedes Mitgliedsland noch ein Vetorecht und kann sagen: Wir werden unseren Ausbildungsbereich, unsere Gesundheits- und Sozialdienste nicht für die Privatwirtschaft öffnen, wir möchten sie ausschließlich in öffentlicher Hand behalten. Dieses Vetorecht wird durch den Verfassungsvertrag abgeschafft. Die EU-Kommission kann sich dann künftig etwa an die Welthandelsorganisation wenden und ein Abkommen vereinbaren, das der Privatwirtschaft die rechtliche Garantie gibt, in die öffentlichen Dienste investieren zu können.

Die Vertragsbefürworter argumentieren, eine Ablehnung des Vertrags brächte ernste wirtschaftliche Nachteile für Irland mit sich.

Es wurde von Seiten der Vertragsbefürworter in vielerlei Hinsicht Angst geschürt. Doch in eine sachliche Diskussion mit uns sind sie gar nicht eingestiegen. Wir wissen, dass es die Strategie der Regierung ist, in den Debatten zu betonen, wie gut die Europäische Union für Irland war. Damit will sie eine Auseinandersetzung darüber vermeiden, was viele der Elemente des Vertrags für die Zukunft konkret bedeuten.

Mit „Libertas“ gibt es auch eine Initiative aus dem konservativen Milieu, die für die Ablehnung des Lissabon-

Vertrags wirbt. Wie schaffen Sie es, sich von diesem politischen Spektrum abzugrenzen?

„Libertas“ hat die Sache für uns komplizierter gemacht. Es handelt sich um eine Organisation, die von einem Multimillionär gegründet wurde, der mit dem Privatisierungsprozess in Albanien und in Osteuropa ein Vermögen gemacht hat - ganz ähnlich wie die Oligarchen in Russland. Wir haben mit diesen Leuten absolut nichts gemeinsam. Libertas' Einspruch besteht darin, dass der Vertrag von Lissabon nicht neoliberal genug ist. Sie sind auch gegen die Grundrechte-Charta, weil diese den Arbeitern zu viele Rechte gäbe. Unglücklicherweise haben die Medien dazu tendiert, einige der Argumente von Libertas aufzugreifen und hochzuspielen, um damit der Nein-Kampagne zu schaden. Auch über andere Gruppierungen, die nicht wirklich ein Spektrum der Gesellschaft repräsentieren und absurde Behauptungen aufstellen, wurde ausführlich berichtet, um die Nein-Kampagne zu diskreditieren. Zum Beispiel darüber, dass Lissabon in der grundsätzlichen Legalisierung von Abtreibung und Euthanasie resultiere. Vor ein paar Monaten wurde viel Aufhebens darum gemacht, dass Jean-Marie Le Pen nach Irland käme, um unsere Kampagne zu unterstützen. Das ganze war eine Schöpfung der Medien, um uns in ein schlechtes Licht zu stellen.

Irland ist das einzige Land, in dem per Referendum über den Verfassungsvertrag abgestimmt wird. Eine besondere Verantwortung?

Ja. In vielerlei Hinsicht repräsentieren die irischen Arbeiter nun luxemburgische, französische, deutsche und andere Arbeiter, die gegen die Intensivierung von Privatisierung und Neoliberalismus durch den Vertrag von Lissabon opponieren.

Mit Sinn Féin haben Sie auch einen relativ mächtigen Alliierten an Ihrer Seite.

Sinn Féin thematisiert viele der Kernthemen und das ist gut. Es gibt in ihrer Politik in Nordirland einige Punkte, in denen wir ein Problem mit ihnen hätten. So etwa die private Finanzierungsinitiative der britischen Regierung, eine Art Privatisierungskampagne, die dort von den Sinn Féin-Ministern umgesetzt wird. Sofern wir jedoch in Bezug auf die Arbeiter betreffende Kernthemen kooperieren können, tun wir das gerne. In einem fundamentalen Widerspruch zu ihnen stehen wir vor allem deshalb, weil sie prinzipiell eine Regierungskoalition mit rechten Parteien wie Fianna Fáil eingehen würden. Auch die Grüne Partei Irlands hat das ja getan und im Zuge dessen eine radikale Kehrtwende hingelegt.

Joe Higgins war seit 1997 einziger Abgeordneter der Irischen Sozialistischen Partei im irischen Parlament. 2007 verpasste er den Wiedereinzug. 1949 in der Grafschaft Kerry als Sohn von Bauern geboren, wollte er zunächst katholischer Priester werden. Bei einem Aufenthalt in den USA während seiner Ausbildungszeit wurde er durch die dortigen Vietnamkriegs-Proteste und die Bürgerrechtsbewegung politisiert. Der trotzkistische Politiker lebt in Dublin und ist momentan insbesondere in der Kampagne gegen den EU-Reformvertrag aktiv.

der Wahlberechtigten noch immer unentschieden. Die irische Bevölkerung könnte den „Vertrag von Lissabon“ also im Alleingang kippen. Die woxx hat mit zwei der wichtigsten Protagonisten der „Ja“- und der „Nein“-Kampagnen gesprochen.

Senatorin Deirdre De Burca auf dem Parteitag der irischen Grünen im April.



DAFÜR

„Annäherung an europäische Identität“

Interview: Thorsten Fuchshuber

woxx: Laut der jüngsten Umfrage zum Referendum über den EU-Reformvertrag sind die meisten WählerInnen noch immer unentschieden. Wie kommt das?

Deirdre De Burca: Die Menschen haben den Eindruck, zu wenig über den Vertrag zu wissen. Und wenn sie nicht Bescheid wissen, wählen sie eher mit Nein. Die „Nein“-Kampagne ist dieses Mal zudem außerordentlich gut organisiert. Ein Grund dafür ist, dass eine der Gruppen, „Libertas“, von dem sehr erfolgreichen Geschäftsmann Declan Gamley geführt wird. Er hat eine Plakatkampagne finanziert, Broschüren an alle Haushalte des Landes verteilen lassen und ist in den Medien und in öffentlichen Veranstaltungen sehr präsent.

Sie reden von der „Nein“-Kampagne, als ob es keine Differenzen zwischen den verschiedenen Gruppen gäbe.

Mir bleibt nichts anderes übrig. Die Gruppierungen sind sich darin einig, für ein „Nein“ zu votieren. Natürlich handelt es sich dabei um ein Amalgam, um eine Ansammlung verschiedener Gruppen, die keinen klaren Bezug zueinander haben, außer dass sie alle für ein „Nein“-Votum werben.

Bis vor einem Jahr war auch die Grüne Partei Irlands Teil dieser Kampagne. Sie selbst haben die Kampagne

mitinitiiert. Wie gehen Sie mit der Kritik an diesem Kurswechsel um?

Die Grüne Partei hat in den vergangenen Jahren ein neues Spektrum von Mitgliedern angezogen. Viele sind jünger, sie sind Studenten, Menschen, die viel in Europa umhergereist sind, die in Europa studiert haben und die sich einer europäischen Identität annähern. Als der Verfassungsentwurf zum ersten Mal publiziert wurde, kam die Frage auf, warum die Position der Grünen immer ablehnend sei. Wir hatten anschließend eine sehr offene Debatte zu diesem Thema. Wir haben eine Reihe interner Informationsseminare über den Vertrag abgehalten und danach darüber abgestimmt. Das gab es zuvor nie - die Parteimitglieder hatten in der Vergangenheit nie ein Stimmrecht. Die Parteispitze traf bislang die Entscheidung, welche Position zu den verschiedenen europäischen Verträgen eingenommen wird. Als am 19. Januar dieses Jahres der Reformvertrag zur Wahl stand, forderten 63 Prozent der Mitglieder seine Annahme. Diese Entscheidung war die erste, die von der Basis gefällt wurde. Ich als Sprecherin zu europäischen Fragen muss diese Parteiposition nun vermitteln.

Es handelt sich also nicht um Ihren persönlichen Standpunkt?

Ich formuliere den politischen Standpunkt meiner Partei. Wie meine Par-

tei habe ich an vorausgegangenen Kampagnen für ein „Nein“-Votum teilgenommen und ich erkenne auch die Stichhaltigkeit einiger dieser Argumente an. Es gibt vor allem zwei Themen, die ich nach wie vor besorgniserregend finde, obwohl ich den Vertrag unterstütze. Eines davon ist die Handelspolitik der EU und insbesondere der Verlauf der Handelsgespräche mit den armen Ländern und den Entwicklungsländern - damit habe ich ein richtiges Problem. Der zweite Aspekt ist die Militarisierung der Europäischen Union - in dieser Beziehung müssen ernste Fragen gestellt werden. Wir sehen den Vertrag jedoch als ein komplexes Werk, das aus verschiedenen Aspekten besteht, und denken, dass wir den Menschen unter dem Strich sagen können: es ist in Irlands Interesse, für ihn zu stimmen. Die Einbeziehung der Klausel zum Klimawandel und der Maßnahmen, ihm zu begegnen, war für viele unserer Mitglieder von großer Bedeutung. Für Irland und die globale Gemeinschaft ist es lebensnotwendig, sich dem Klimawandel zu stellen, und im Vertrag gibt es diesbezüglich eine klare Verpflichtung, die in der Fassung vor Lissabon noch nicht enthalten war.

Sie kritisieren die Vertragsgegner der Sinn Féin dafür, sich nicht von ihrer tradierten nationalistischen Perspektive lösen zu können.

Sinn Féin kommt aus einem nationalistischen Kontext und ist deshalb den anderen Ländern gegenüber nicht ohne Argwohn. Man will die irischen Rechte schützen, anstatt die gemeinsamen europäischen Interessen zu verfolgen und die irischen Interessen als einen Teil darin zu begreifen. Wir brauchen nicht immer ein Vetorecht. Auch die Vorstellung von der Europäischen Kommission als einer Institution, in der jeder Repräsentant nationale Interessen verfolgt, ist falsch. Meiner Meinung nach war es immer die Kommission, die europäische Interessen geschützt hat.

Deirdre De Burca wurde 2007 im Zuge der Regierungsbeteiligung der Grünen Partei Irlands vom damaligen konservativen Ministerpräsidenten Bertie Ahern zur Senatorin ernannt. Ursprünglich als Grundschullehrerin tätig, arbeitete sie nach einem abgeschlossenen Psychologiestudium im Rehabilitationsbereich. Ihre politische Karriere bei den Grünen begann sie im Jahr 1999.